

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Expedition: SW. 68, Lindenstr. 3.
Nrn. 15190-15197.

Mittwoch, den 21. Januar 1920.

Vorwärts-Verlag G. m. b. H., SW. 68, Lindenstr. 3.
Nrn. 11753-54.

Bezugspreis:

Quartalspreis: 13,50 M., monatlich 4,50 M.
frei ins Haus, oceanus schibar. Post-
bezugs monatlich 4,50 M., etc.

Der 'Vorwärts' mit der Sonntag-
beilage 'Volk u. Welt' erscheint woch-
entlich zweimal, Sonntags einmal.

Telegraphische Adressen:

'Sozialdemokrat Berlin'.

Anzeigenpreis:

Die wichtigsten Konkreteffekte
kosten 2-3 M., Teuerungszuschlag 60%
'Kleine Anzeigen', das ist
gebrühte Wort 75 Bsp. (gültig zwei
letzte gebundene Worte), jedes weitere
Wort 50 Bsp. - Stellenangebote und
Schließelanzeigen das erste Wort
65 Bsp., jedes weitere Wort 40 Bsp.
Worte über 15 Buchstaben zählen für
zwei Worte. Teuerungszuschlag 60%
Familien-Anzeigen, politische und
gewerkschaftliche Vereine-Anzeigen
2-3 M. die Zeile ohne Zuschlag.
Anzeigen für die nächste Nummer
müssen bis 5 Uhr nachmittags im
Lagergeschäft, Berlin SW. 68, Linden-
str. 3, abgegeben werden. Öffnet
von 9 Uhr früh bis 3 Uhr abends.

Unerledigtes.

Am 16. Februar vorigen Jahres haben die preussischen
Volksbeauftragten im Anschluß an die allgemeine Amnestie
vom Dezember 1918 eine Amnestieverordnung für Diszi-
plinarvergehen der preussischen Beamten erlassen. Sie
war nicht sehr großzügig, doch sie war da und die Ausführung
hat nicht lange auf sich warten lassen. Die Hoffnung, daß
alsbald eine ebensolche Amnestie für die Reichs-
beamten folgen werde, hat sich bis heute leider nicht er-
füllt.

Allerdings ist der Nationalversammlung am
letzten Sitzungstage vor Weihnachten der Entwurf zu einem
solchen Amnestiegesetz vorgelegt worden. Doch da sich der
Entwurf ebenso engbergig wie die preussische Verordnung
herausstellte und berechtigten Ansprüchen nicht genügte,
konnte er nicht sofort erledigt werden. Er wanderte in die
Kommission und man hoffte, ihn hier während der kurzen
Zusammenkunft der Nationalversammlung durchberaten und
das Gesetz ohne größere Ausprüche im Plenum anschließend
an das Betriebsrätegesetz verabschieden zu können.

Leider ist es anders gekommen. Infolge des An-
griffs auf die Nationalversammlung vom
13. Januar ging dieser Tag für die Beratung des Be-
triebsrätegesetzes verloren, so daß das Parlament gezwungen
war, in den folgenden Tagen vom frühen Vormittag bis in
die Nacht hinein zu arbeiten, um nur das Betriebsrätegesetz
in der vorgesehenen Frist fertigzustellen. Zeit für die Tagung
der Kommission stand daher nicht zur Verfügung, und so
war es nicht möglich, die Amnestie zu erledigen. Nach den
getroffenen Dispositionen soll dies nunmehr bestimmt an
einem der ersten Tage nach Wiederaufnahme der Parla-
mentararbeiten geschehen.

Natürlich sind durch diese große Verzögerung im Er-
scheinen der Amnestie diese der beteiligten Reichsbeamten
gegenüber ihren preussischen Kollegen stark benachteiligt
worden. Die sozialdemokratische Fraktion wird deshalb dar-
auf Bedacht nehmen, für jene Beamten eine Milderung der
entstandenen Härten zu erwirken. Erwähnt und anerkannt
muß werden, daß die Reichspostverwaltung in Disziplinar-
sachen, die voraussichtlich unter die Amnestie fallen werden,
schon jetzt eine weitgehende Rücksicht auf diese nimmt. Ein
Beispiel, das Nachahmung verdient.

Im engsten Zusammenhang mit der noch nicht erledigten
Amnestie steht die Erörterung über die Offenlegung
der Personalakten. Mit Recht meinte der 'Vorwärts'
vor einigen Tagen, daß es in dieser Frage gar nichts mehr
zu verhandeln gibt. Die Verfassung ist klar, sie ist in Kraft
und muß endlich reiflos ausgeführt werden.

Trotzdem die Sachlage so ist, sind offenbar einflussreiche
Kräfte am Werk, denen es bisher gelungen ist, die reiflose
Durchführung dieser Bestimmung zu verhindern. Es hat sich
deshalb die Notwendigkeit ergeben, im Hauptauschuss die
Frage noch einmal eingehend zu erörtern. Selbstverständlich
wird die sozialdemokratische Fraktion - und von den anderen
Fraktionen, die der Verfassung zugestimmt haben, sollte man
dasselbe erwarten - sich durch keinerlei Bedenken daran hin-
dern lassen, das Recht, welches sie den Beamten schwer er-
kämpft hat, auch durchzusetzen. Weder die geheimnisvolle
Krankheit, noch die verführte Frau oder das böse Gewissen
reaktionärer Vorgesetzter - einige der vermeintlichen Einde-
rungsgründe - werden die Fraktion davon abhalten, auf der
rückhaltlosen Durchführung des verfassungsgemäß verbrieften
Rechts der Einsichtnahme in die Personalakten für die Be-
amten zu bestehen. Dies wird auch dadurch nicht verhindert
werden können, daß man versucht, den Begriff 'Personal-
akten' zu verfälschen. Nur eins kommt für die Beurteilung
der ganzen Frage in Betracht, und das ist die Verdrängung
des Reichsempfindens und die endliche Beseitigung eines
ungeheuerlichen Zustandes für Millionen von Beamten.

Folgende Entschlüsse sind daher von der sozialdemo-
kratischen Fraktion eingebracht worden: 'Die Nationalver-
sammlung wolle beschließen, die Reichsregierung zu ersuchen,
den Beamten die ihnen nach Artikel 129 der Reichsverfassung
zustehende Einsichtnahme in die Personalakten alsbald
und ohne jede zeitliche oder sonstige Be-
schränkung zu gestatten.'

Offenlich wird dieser Willensantrag die Zustimmung
aller Parteien finden. Selbstredend mit Ausschluß der
Rechten.

Und die Industrie kauft!

In der 'Deutschen Bergwerkszeitung' veröffentlicht
Direktor van der Werff einen Artikel, der die
geistige Verfassung der Bergherren und Industriecrister so aus-
gezeichnet kennzeichnet, daß wir ihn unbedürftig unseren Lesern
vorlegen:

Die ungeliebte Zwangswirtschaft, die blinde Leiter unserem armen
Volk während des Krieges beherrschten, fand ihren ersten sichtbaren
Ausdruck in der Rationierung. Mit Notwendigkeit mußte sie
sich bald auch auf die Kohle erstrecken. Wir kennen das Entsetzen, das

durch alle Kreise ging, als auch der Verbrauch von Gas und Elektrizität
rationiert wurde. Wir ertragen diese unerhörte Beschränkung im
reichsten Kohlenlande der Welt, weil es zum 'Durchhalten' not-
wendig war, weil unsere Rüstungsindustrie unbeschränkt arbeiten
mußte. - Es kam der Waffenstillstand, die Auslieferung unierer
Flotte, vieler Lokomotiven, die Abgabe sonstigen Schiffsmaterials.
Und Erzberger, der Gebehrte, führte große Mengen Kohlen an
unsere Feinde ab, bevor wir dazu verpflichtet waren. Der Ab-
stumpfung, die vielen Streiks bei den Gruben- und Eisenbahn-
arbeitern, die Beförderungsnot und andere widrige Verhältnisse,
die seit den Tagen der 'glorreichen' Revolution unser Teil ge-
worden sind, taten ein Übriges, um die Kohlennot herbeizuführen
und zu vergrößern. Die Sozialdemokratie, die unsere
Regierung majorisiert, die 40 Jahre lang ihren An-
hängern höheres Einkommen und bessere Lebensbedingungen
auf die Zeit versprochen hatte, wo sie aus Ruher kommen
würde, offenbarte ihre ganze Unfähigkeit und schuf da-
durch, daß sie den Zwang auf allen Gebieten nicht nur bei-
behielt, sondern teilweise noch verstärkte, Verhältnisse, die ihre seit
Jahrzehnten gepredigten Theorien über den Kaufen warf. Man
sucht die Löhne und Gehälter künstlich niedrig zu halten und gautelt
dem armen Volk vor, daß der Staat durch Rationierung, Auf-
rechterhaltung der Höchstpreise, Ausweitung von Milforden, weiches
Einkauf der Preise für Verbilligung der Lebenshaltung sorge.
Wer nicht geradezu mit Blindheit geschlagen ist, sieht diese Dinge
und versteht nicht, wie man an den bandageisernen Ver-
hältnissen so, wie es von den gegenwärtigen Machhabern ge-
scheht, festhalten kann. Man kann doch nicht immer und überall
die Erklärung hierfür in Vorfällen à la 'Ella' voraussetzen!
Und doch scheint es so zu sein. Viel wird von Schieberismus und
Korruption gesprochen, aber wie sehr und wie entsetzlich
tief wir in diesen Dingen stecken, ist nur wenigen bekannt. Kohlen
gibt's nur auf Bergwerken, und doch wage ich es, zu behaupten,
daß gegenwärtig die Menge der Kohlen, die ohne Bergwerke er-
worben, geschoben und - gestohlen wird, viel größer ist als die-
jenige mit Bergwerken. Da liegen an einem Ort zwei Betriebe
nebeneinander, die die gleichen Sachen herstellen. Beide bekommen
seit vielen Wochen keine Kohlen mehr per Bahn, sondern
sind auf die Anfuhr per Auto angewiesen. Der eine Betrieb,
der offiziell von derselben Kohlenverteilungsgesellschaft bedient wird,
erhält immer mehr Kohlen als der andere, obwohl seine ihm zu-
geteilte Menge, weil der Betrieb kleiner ist als der benachbarte,
geringer ist. Woher kommt das? Ja, er bekommt aus einmal
logar wieder zwei Eisenbahnwaggons Kohlen zugeführt, während
der benachbarte größere Betrieb wegen Kohlenmangel den Betrieb
schließen muß. Und die Kohlenverteilungsgesellschaft weiß nichts von
diesen Dingen, es ist ihr angeblich ganz unbekannt. Diese Ver-
hältnisse haben an dem gleichen Ort den Kohlenhändler bereits
zu einer 'achtunggebietenden' Waise gebracht. 18 Mark pro
Zentner wurden verlangt und die neueste Erhöhung des Syndikats
prompt plus Schieberismus draufgeschlagen.

Und die Industrie kauft! Angelegene Firmen lassen die Fab-
riente auf der Straße anhalten und nehmen ihnen die Kohlen ab.
ohne danach zu fragen, ob sie auch wohl - gestohlen sind!
Und wie es bei Abgabe der Kohlen auf den Beinen ausieht, darüber
würde ein besonderes Lied zu singen! Alles befindet sich in einem
Fieberzustand. Man glaubt an eine 'gute Konjunktur' und will
'erkalden', was nur möglich ist: man erträgt es nicht, den Betrieb
schließen zu müssen, während der 'täglichere' Nachbar noch arbeitet, und
schließlich und vor allem tröstet man sich mit dem 'sozialem Empfinden' -
man darf die Arbeiter doch nicht brotlos werden lassen, solange
es irgendwie zu vermeiden ist, und sichert sich den Teufel um die
unabsehlichen Folgen solchen Unns, das nur mit Selbst- und
Waffenmord bezeichnet werden kann.

Segen der Zwangswirtschaft! Sind dem Kohlenhändler, dem
Kohlenkommissar in Berlin diese Verhältnisse bekannt? Wenn
letzterer auch wegen Gehaltsforderung streifen will - interessieren
müssen ihn diese unerhörten Vorgänge doch, wenn er noch etwas
auf sich hält. Ein Härt unter den deutschen Industriellen
hat's kürzlich unserer Revolutionsregierung vorgeredet - schlicht
und klar - was sie mit ihrer uneligen Zwangswirt-
schaft anrichtet, um wieviel Milliarden sie das ohnedies arme
Volk dadurch ärmer gemacht hat, daß sie eine gewisse Menge
Kohlen in Amerika kaufte, um den durch den Vergarbeitsstreik,
dessen Veranlassung er vornehmlich in der Zwangswirtschaft sieht,
entstandenen Ausfall zu decken! Er empfahl sogar, das Kohlen-
syndikat für einige Zeit aufzulösen, um billig und ganz
zu freien Wirtschaft zu gelangen! Wenn man sich
mit solchen Vorschlägen auch nicht ohne weiteres identifizieren will,
so muß man angeht die fürchterlichen Verhältnisse, in welchen wir
sich befinden, doch sagen, eine weniger dilettantische
Regierung würde in den hinter uns liegenden fast
fünf Jahrzehnten und aus solchen Vorschlägen und Vorgängen
doch endlich etwas gelernt haben. Aber das
Gegenteil ist leider der Fall; man treibt sogar noch Sozialtrau-
politik, wie der Reichswirtschaftsminister Robert Schmidt jüngst noch
bewies. Bei der ersten Plenarsitzung der Zentralarbeitsgemeinschaft
am 12. Dezember 1919 in Berlin wies ein Verdrätersteller nach,
daß Eisenbahn erhalte 90-95 Proz. der Kohlenmenge, die sie im
Kriege bekommen habe, aber ihre Leistungen seien auf 80 bis 85
Prozent (I) zurückgegangen - wegen Kohlenmangel!

Der Herr Reichsminister nahm in seiner Antwort den Verdrä-
tersteller, legte ihn über's Knie und verabreichte ihm eine Tracht
Prügel dafür, daß er die Zahlen vor der Öffentlichkeit
genannt habe! Und noch mehr. Auch die, die da nicht
sehen wollen, daß es mit unserer gefamten Wirtschaft ordentlich
bergan (I) geht, kriegen was ab! Die Behauptung aber desselben
Herrn Ministers, es seien sogar zahlreiche Ansätze neuen Lebens
da, die zu hüten und zu pflegen sich die Regierung zur vornehmsten
Pflicht mache, wirkte geradezu komisch. Wohl bei diesen der An-
wesenden stieg die Frage auf, wie es wohl wäre, wenn die Regie-
rung sich auf einmal um die Erhaltung oder Wieder-
aufrichtung des bewährten Alten kümmere wolle! Selbst
wenn man sehr wenig von ihr hält, so wird man ihr im Ernst
doch wohl nicht zumuten dürfen, daß sie glaubt, dies durch Befehle,

wie dasjenige über die Betriebsräte, bewerkeln zu können. Kann
man angeht solcher nicht zu bestreitender Tatsache noch an
die Pädagogik unserer Regierung, hier bestend eingzugreifen,
glauben?

Wie tief in die Reihen unserer Arbeiter hinein ist die Erkenntnis
bereits gedrungen, daß es mit unserer Wirtschaft so unmöglich
weitergehen kann. Die Regierung, die diese Zustände länger er-
trägt oder auf ihrem Platz bleibt, ohne fähig zu sein, sie zu ändern,
ladet eine ungeheure Verantwortung auf sich, die ihr einst von
ihren eigenen Anhängern bezugezahlt werden
wird. Fort mit der Zwangswirtschaft, weg mit all den Leuten,
die den Mangel an Wissen und Können durch Gesinnungs-
tätigkeit zu erziehen suchen und hinein mit eisernem Weilen
in alle die Nestler und Ställe der Korruption und des Schieberismus,
damit wir wieder werden das geachtete tüchtige, zuverlässige und
unbestechliche Volk, das wir früher waren!

Wer das heutige Wirtschaftsleben anseht, hat gewiß alle
Ursache, mit ihm aufs höchste unzufrieden zu sein, er hat aber
auch die sittliche Pflicht zu fragen: Wer ist schuld? Für
einen Bergherren, Großkapitalisten oder Unternehmer ist die
Frage schnell beantwortet. Schuld sind: 1. Die Sozialdemo-
kraten, 2. die Zwangswirtschaft. Wir sind etwas anderer
Ansicht. Schuld an diesem traurigen Zustand ist die Korruption
des Kapitals, das mit dem Mittel seiner Kraft sich über
jegliche staatliche Ordnung hinwegsetzt: Wer den höchsten
Preis bezahlen kann, bekommt die Ware: Das galt
für die Kriegswirtschaft, das gilt, wie ja der Verfasser selbst
zeigt, auch heute! Das Kapital, die elende Profitstreberei
hat auch das Volk demoralisiert: Beschaffe mir, was
ich haben will, der Preis spielt keine Rolle, sieh' zu, wo Du
es für mich herbekommst! Das war und das ist die Parole
der sich sittlich so stark entmenschen Kapitalisten! Sie
haben die einzig mögliche und gerechte Verteilung,
die Rationierung oder Zwangswirtschaft, sabotiert, weil das
Geld ihnen hierzu die Macht in die Hände gegeben hat.

Wenn wir das wankende Wirtschaftsgebäude stützen
wollen, vor dem Zusammenbruch retten wollen, dann müssen
wir das Fundament, das heute sich wellenartig bewegt, auf
einen festen Träger legen.

Zur Befoldungsreform.

Ueber die Beamtenbefoldungsreform haben
am 15. Januar im Reichsfinanzministerium mit
den Beamtenorganisationen, den Regierungsvertretern der
größeren Länder und Mitgliedern aller politischen Parteien
der Nationalversammlung Unterhandlungen stattgefunden,
die am 17. Januar im preussischen Finanzministerium wegen
der preussischen unmittelbaren Staatsbeamten unter Zu-
ziehung der Parteivertreter der Landesversam-
mlung fortgesetzt worden sind.

In der Hauptsache wurden die allgemeinen Grund-
sätze und Richtlinien besprochen, nach denen das Be-
foldungssystem künftig zu gestalten ist. Im Ergebnis
herrschte Einverständnis darüber, daß die große Zahl der bis-
herigen Gehaltsklassen möglichst zu verringern ist.
Für das Reich wurde eine Zusammenlegung in
12 Gruppen in Aussicht genommen. Jedem Beamten soll
bei nachgewiesener Befähigung und erprobter Verührung
nach Maßgabe seiner dienstlichen Leistungen das Aufsteigen
in höhere Stellen freibleiben, und dieser Aufstieg durch syste-
matischen Aufbau der Befoldungsordnung ermöglicht wer-
den. Das Dienstverdienst soll aus dem Grund-
gehalt und - statt des bisherigen Wohnungszuschusses -
einem Ortszuschlag bestehen.

Zur Anpassung an die jetzigen allgemeinen wirtschaft-
lichen Verhältnisse treten Teuerungszulagen hinzu.
Wegen der Gestaltung der Ortszuschläge im einzelnen
- ob feste Beträge nach Gehaltsgruppen oder Gehalts-
stufen oder aber prozentuale Zuschläge zum Grundgehalt -
waren die Ansichten geteilt. Ebenso wurden die von der
Reichsregierung und allen vertretenen Landesregie-
rungen im Interesse der Beamtenchaft übereinstimmend
befürworteten Kinderbeihilfen vom deutschen Beamtenbund
grundsätzlich abgelehnt und es wurde von ihm statt dessen
eine Erhöhung des Ortszuschlages empfohlen. Die Vorbe-
reitungen für das große und schwierige Werk werden mit Be-
schleunigung fortgesetzt, und es steht zu hoffen, daß für die
wirtschaftliche Sicherstellung der Beamten eine befriedigende
Lösung gefunden werden wird.

Verlogene Kommunistenpolitik.

Da der unabhängigen und kommunistischen Presse In-
folge des Verbots ihres Erscheinens die Möglichkeit genom-
men ist, weiteren Zündstoff in die Massen zu tragen, suchen
sie nach Maulwurfsart unterirdisch neue Explosio-
nstoffe anzusammeln. In einem Flugblatt, das von dem
'Kommunistischen Komitee zur Förderung der Diktatur des
Proletariats' herausgegeben und in Massen in den Betrie-
ben verbreitet wird, heißt es:

'Unsere Parole wird lauten: 'Die Proletariat, die Kapi-
talismus'. Seid auf der Hut, macht Euch bereit zum Kampf!
Die Sturmzeichen der Reaktion mehren sich mehr
und mehr, die Nordbrenner werden von Tag zu Tag frecher

und unterschämter. Proletariat, es gilt die Fahne der Empörung zu entfalten, es gilt die Reaktion den Todesstoß für immer zu versetzen. Darum erkennt alle, daß Ihr Ausgebeutete seid, darum steht auf, alle wie ein Mann und kämpft und strebt für die Befreiung der Menschen, für die Kommune, für die Gleichheit und Weltrevolution."

Das unglaublich Verlogene an diesem Aufruf ist, daß er sich gegen die Reaktion wendet, deren Bekämpfung doch die Sozialisten aller Schattierungen zu ihrer Aufgabe gemacht haben. In Wirklichkeit ist es eben gar nicht die Reaktion, gegen die sich jene unterirdischen Helden richten, sondern es ist die jetzige Regierung, und auch in dieser sind es nicht die Vertreter der bürgerlichen Parteien, sondern die Sozialdemokraten, die mit den Mitteln der Gewalt bekämpft und gestürzt werden sollen. Diese Unehrllichkeit, mit der die Diktatoren die Reaktion nennen und die Sozialdemokratie meinen, ist natürlich nur ein Vorwand dafür, um die Arbeiterschaft aus dem Lager des Sozialismus in das Paradies der Rätediktatur herüberzulocken. Ob ihnen das allerdings gelingt, scheint nach dem Stimmungsumschwung großer Kreise der Arbeiterschaft seit den blutigen Reichstagsvorgängen mehr als fraglich.

Wie man's nicht machen soll.

Wie uns aus Ganshorn bei Groß-Gardienen in Ostpreußen mitgeteilt wird, kam es dort anlässlich einer Sitzung, in der ein landwirtschaftlicher Verein gegründet werden sollte, zu Skandalen, die nur zu sehr geeignet sind, das Deutschtum in den Ostmarken zu schädigen und die dortige deutschsprechende Einwohnerschaft in den Augen der polnischen Bürgererschaft herabzusetzen. Der Einberufer der Versammlung richtete nämlich einige Begrüßungsworte in polnischer Sprache an die Anwesenden, wurde jedoch von diesen mit lebhaften Zurufen: „Deutsch sprechen!“ wiederholt unterbrochen. Taktloserweise versuchte der Vorsitzende dreimal in polnischer Sprache zu sprechen, bis er durch einen Sturm der Empörung von den anwesenden Deutschen unterbrochen wurde, worauf die Polen den Saal verließen. Das war der günstige Augenblick, um die Stöße auf die anwesenden Polen, insbesondere auf den katholischen Priester, herniederzulassen zu lassen.

Der Lehrer, der uns mit unverhohlener Freude diesen Sachverhalt mitteilt, hat nicht so Unrecht, wenn er uns bittet, seinen Namen zu verschweigen, was wir aus Mitleid mit ihm tun wollen. Denn sonst könnte man vielleicht von polnischer Seite aus die gleichen „Uebersetzungsmittel“ ihm gegenüber anwenden, die er den Polen gegenüber ins Werk gesetzt hat. Auch wenn man die durch die polnischen Uebersetzer fast gesteigerte Erregung der deutschsprechenden Bevölkerung Ostpreußens berücksichtigt, so kann man doch für diese Methode der Agitation für das Deutschtum, die stark an die Salafistenpolitik der wilhelminischen Epoche erinnert, nur schärfste Mißbilligung finden.

Der von dem Einsender mit so viel Behagen geschilderte Vorfall ist geradezu ein typisches Schulbeispiel dafür, wie es nicht gemacht werden darf. Höchst bedenklich aber ist, wenn gerade von einem Lehrer in den Ostmarken eine derart chauvinistische und geistlose Politik empfohlen wird. Falls er die ihm anvertrauten Schulkinder in gleicher Gesinnung erzieht, wie wir doch wohl annehmen müssen, so wird die kommende Generation die Folgen dieser Erziehung schmerzhaft am eigenen Leibe zu verspüren haben.

Neuer Streikbeschluss der Gastwirte.

Der Verband der Hotelbesitzervereine Deutschlands in Köln und Düsseldorf hat den zuständigen Reichsministerien eine Mitteilung unterbreitet, nach der die Hotelbesitzer, die Gastwirte, die Inhaber von Sanatorien, Fremden-

heimen und Auditorien und die Kassehausbefitzer ihre Küchenbetriebe zu schließen und dem Personal am 1. Februar zu kündigen beabsichtigen. Die Schließung soll diesmal so lange dauern, bis die Forderung, „als Verbraucher und nicht als Arbeitskräfte anerkannt zu werden“, von der Regierung genehmigt wird.

Ohne daß es im Augenblick möglich ist, infolge Mangels tatsächlicher Unterlagen zu dem Vorhaben der Gastwirte Stellung zu nehmen, muß doch schon jetzt die Form, in der der Beschluß der Regierung mitgeteilt wird, schärfste Mißbilligung finden. Der Art und Weise, in der die Gastwirte vorgehen, läuft auf eine PreSSION auf die Regierung hinaus, die durch die Androhung, die Angeheften brotlos auf die Straße zu setzen, märke gemacht werden soll. Gegen dieses unzulässige Vorgehen muß im Interesse der zahlreichen Angeheften, deren Existenz auf dem Spiele steht, seitens der Regierung die gebührende Antwort gefunden werden.

Der Fall Hiller.

Immer deutlicher tritt zutage, daß der Prozeß Hiller in erster Instanz geradezu skandalös jämmerlich vorbereitet war. Das Gericht bzw. die Anklagebehörde haben sich zwar sehr eifrig um Entlastungszeugen bemüht, aber Belastungszeugen large nicht in dem Maße herbeigeschafft, wie sie bei einiger Sorgfalt doch hätten beschafft werden können. Infolgedessen melden sich jetzt noch unaufhörlich in der Presse Zeugen, die im Prozeß Hiller nicht zu Worte gekommen sind und deren Vernehmung in der Verurteilung uns dringend erforderlich erscheint. So gibt dem „Generalanzeiger für Dortmund“ ein Bergmann Wilhelm Siebert in Wanne, Westf., S. 0. eine Schilderung der Tötung Helmhofs, der wir folgendes entnehmen:

„Wenn Herr Oberleutnant Hiller angibt, er habe niemanden geschlagen oder mishandelt, so weiß ich das aus eigener Anschauung besser, und mit mir noch mehrere Kameraden. Wir lagen in Dolch in den Karpaten und es herrschte eine Kälte von 20 Grad und mehr bei starkem Schneestreiben. Die Kompagnie war in Unterständen untergebracht, in denen nach Anordnung des Oberleutnants Hiller kein Feuer angemacht werden durfte, damit der Feind den Rauch nicht erspüre. Doch aber damit die Gefahr nicht so groß war, sah man daran, daß aus den Offiziers-Unterständen, die ja viel gewichtiger und besser hergerichtet waren, als wie für Mannschaften, viele Rauchwolken herausströmten, ein Zeichen, daß sich die Herren dort auf eingerichtet hatten. Selbstverständlich waren auch große Mengen Wein und Rum für die Offiziere herbeigeschafft worden, während für die Mannschaften ein paar Schluck Schnaps ausreichen mußten. In einem Zuge beim Exerzieren machte Helmholz einen Griff „Gewehr über“ mit, der nach Ansicht des beauftragten Oberleutnants Hiller nicht so genau war; außerdem behauptete Hiller, Helmholz habe das Gesicht verzogen. In Wirklichkeit war Helmholz schon damals kränzlich und es war ihm beim besten Willen nicht möglich, die Gewehrriffe nach Wunsch des Gewaltthäters auszuführen. Aber er bemühte sich, es mitzumachen. Nur Strafe für den „schlappen“ Griff bekam Helmholz eine Stunde nachher, noch dem Dienst, wobei der Unteroffizier Kuhn ihn ganz kolossal „geschliffen“ hat. Wer beim Militär gewesen ist, weiß, was das heißt und man darf nicht vergessen, daß es immer bei einer Kälte von 20 Grad war. Nach Beendigung des Strafexerzierens erklärte der Unteroffizier dem Oberleutnant Hiller, Helmholz könne kein anderes Gesicht machen, er sei schwächlich. Daraus sagte der Oberleutnant, wie wir alle hörten:

„Ach, was heißt schwächlich!“

Dann ordnete er zur Strafe an, daß Helmholz am drei Tagen je zwei Stunden nachts von 11 bis 1 Uhr im Frosten angebanden wurde.

Ich fand die erste Nacht Kälte, denn der Angebandene mußte natürlich auch bettedeckt werden. Der Schnee fiel so dicht, daß Helmholz sicher eingeschneit wäre, wenn ich ihn nicht aus Mitleid von Zeit zu Zeit den Schnee aus dem Gesicht und von der Mütze gewischt hätte. Ich muß allerdings bemerken, daß es uns streng verboten war, an Helmholz heranzugehen oder mit ihm zu sprechen. Gegen 12 Uhr kam Hiller aus dem begehenden Offiziersunterstande und schien fast amgetrunken zu sein. Kein Wunder, denn die Herren hatten wahrscheinlich wieder ordentlich Wein requiriert. Er kam heran und ging durch die Mannschaftenunterstände, fand alles in

Ruhe und wandte sich dann dem Angebandenen draußen zu, wahrscheinlich weil er einen Grund haben wollte, wieder irgend etwas auszusprechen. Er trat dann an Helmholz heran und schritt mehrere Schritte davon, weil ich schon ahnte, was kommen würde. Ich hörte dann, wie er mit Helmholz sprach, wobei Helmholz, soweit ich hören konnte, bei ihm loszubinden, da er es nicht mehr aushalten konnte.

Darauf schlug Hiller den wehrlosen, todkranken Mann mehrfach ins Gesicht

und trat ihm auf den halberfrorenen Rücken herum. Die Wut floh dem Helmholz ab, so daß ich sie später, als der Gewalttätige fortgegangen war, aufnahm und Helmholz wieder aufsuchte. Kurze Zeit darauf kam der Major von Köhler aus einem Extrourstands für Bala-Konfiszieren. Er ging langsam und schlenkernd in die Nähe Helmholzes, der schon von weitem rief: „Herr Major! Herr Major!“ Da der Schnee die Dinge trotz der Dunkelheit leicht erkennen ließ, mußte der Major wohl gemerkt haben, daß es sich um einen angebandenen Soldaten handelte. Er trat zuerst, als ob er gar nichts hörte, war aber doch wohl neugierig und kam näher. Nachdem Helmholz wieder einige Male gebettelt hatte: „Bitte, Herr Major, hören Sie mich an!“ machte der Major keine Vorbeugungen. Als er einige Schritte vorüber war, rief Helmholz in seiner höchsten Not: „Herr von Köhler!“

Das war natürlich nach den Begriffen der früheren Disziplin ein großer Verstoß, denn ein Untergebener darf einen Vorgesetzten niemals so anreden. Nun wandte sich der Major natürlich angegriffen eines solch furchtbaren Verstoßes gegen die Vorschriften und sagte: „Wie können Sie sich unterstellen, mich mit Familiennamen anzusprechen? Solche Disziplin gibt es im preussischen Heere nicht!“ Diese Worte waren im Vollgefühl der beleidigten Offiziersrechte in schnarrendem Tone in die Nacht hinausgerufen, so daß sofort der Herr Hiller, der wohl die Stimme seines Majors kannte, herbeieilte.

Nun war Helmholzes Schicksal besiegelt.

Da ohnehin die zwei Stunden um waren, wurde er zunächst vereinigt. Am anderen Morgen kam er in den sogenannten Strafunterstand, ein tief gelegenes, feuchtes Kellergeschoß. Zwei Männer mußten als Posten dort stehen. Das war natürlich auch kein Vergnügen. Auch ich zählte wieder zu den Opfern, die den Unglücklichen bewachen mußten. Ich merkte an dem Stöhnen Helmholzes, daß hier ein schwer kranker Mensch lag, dem es ans Leben ging. Man muß bedenken, daß Helmholz

nichts zu essen und nichts zu trinken bekam,

daß also die Absicht bestand, ihn langsam verhungern zu lassen, wenn er es in dem Lode noch länger als einen Tag aushalten sollte. Es und zu freude Helmholz den Kopf hervor, aber wir konnten ja nicht helfen, denn es war uns streng verboten, ihm irgend etwas zu geben. Und hätten wir es getan, was bei der Aufsicht Hillers leicht herausgefunden wäre, dann würden wir sicher am anderen Abend auch an dem Baum gebunden worden sein oder sahen selbst in dem Todesloche.

In diesem Lode hat dann Helmholz zwei volle Tage gelegen. Am zweiten Tage konnte man schon sehen, wie sein Gesicht einfiel und wie der Mund und die Ohren

mit bloßen Eiszapfen bedeckt

waren. Er wurde am zweiten Tage dem Oberleutnant vorgeführt und gleich einer wunde Leiche. Und faste dieses Mitleid, aber niemand konnte gegen den Oberleutnant Hiller, der als gemein und gewalttätig bekannt war, ankommen. So wollte es ja die „preussische Disziplin“. Helmholz konnte sich kaum noch auf den Beinen halten und schloß und schloß, aber der Oberleutnant fühlte kein Erbarmen und

kommandierte ihn wieder in das Loch.

Am folgenden Tage wurde mitgeteilt, Helmholz sei gestorben. Ich habe die Leiche gesehen und festgestellt, daß Helmholz über dem Auge eine durchlöcherige Stelle hatte wie von einem Knüttel- oder Stöckchen herabgeritten. Der Oberleutnant Hiller ordnete an, daß Helmholz sofort ohne Umstände begraben werde, was schon an demselben Abend geschah. In der Kompagnie herrschte tiefe Erbitterung, aber wir durften nur die Faust in der Tasche halten und gelobten uns im stillen, nach unserer Entlassung von diesen skandalösen Vorgängen Gebrauch zu machen. Aber wie das so ist: Wenn man erst heraus ist aus den Drangsalen und Gemeinheiten, die einem im „Ehrenleibe des Kaisers“ ja meistens nicht erspart gelassen sind, dann denkt man, laßt Vergangenes ruhen. Und so werden wohl viele Tausende und aber Tausende gedacht haben, die ähnliches erlitten. Als ich aber jetzt im „Generalanzeiger“ las, daß dieser Oberleutnant sich jetzt noch an Gerichts-

Sofort nach Abschluß des Vertrages wird das Grundstück von der Reichsverwertungsstelle, die darin jetzt noch Bureaukratie unterhält, geräumt und die notwendigen Bauarbeiten beginnen, so daß bereits in der neuen Spielzeit der künstlerische Betrieb bei Groß seinen Anfang nehmen kann.

Zwei Suchende. Einen bisher unbekanntem Maler, der sich zwar in ursprünglicher Kraft mit Anton Kerischbaumer, dessen Ausweisung die Colosseum Legitim zu sehen war, nicht messen kann, der aber gewisses Beachtung verdient, führte uns jedoch die Kunsthandlung Nicolai (Wiktoriastr. 20a) vor. Er heißt Egon von Zueder, war früher Offizier und ist erst in verhältnismäßig späten Jahren zur Kunst gekommen. Er begann wie Kerischbaumer, der vor zehn Jahren von landschaftlichen Impressionen ausging, mit dekorativen Arbeiten, die auf eine einseitige Verwundbarkeit mit dem Stil Ludwigs v. Hofmann hinweisen, strebte dann in den Bahnen Raffinesse eine Kultur der Linie an und zeigt in seinen letzten Werken eine suggestiv farbige Umgebung im Sinne Gauguin. So erscheint die bisherige Entwicklung von äußeren Einflüssen nicht frei, aber eine ganz persönliche Note ist trotzdem in allen Arbeiten unverkennbar, und da der Künstler in seiner ganzen Auflösung wie auch im Handwerkslichen noch ein Suchender ist, so hat die Anlehnung an große Vorbilder nichts Bedenkliches, und nach den bisherigen Resultaten darf man hoffen, daß der Gang aufwärts gehen und zur Ausprägung einer eigenartigen und wertvollen Individualität führen wird.

Kerischbaumer, der es im Verlauf von zehn Jahren zur Höhe einer achtbaren Meisterschaft brachte, die aber doch in diesem Stadium trotz ihrer künstlerischen Qualitäten den Eindruck eines nüchternen Temperaments macht, zeigt plötzlich einen Umschwung. Eine seltsame Unruhe macht sich schon in einem Holensbild von 1918 bemerkbar und steigert sich im Laufe des nächsten Jahres zu exzentrischer Festigkeit. Die Flächen nehmen phantastische Formen an, die Konturen werden durcheinander. Der Künstler scheint nach Ausdrücken bestiger Leidenschaft zu suchen. Aber er findet sie nicht, er wirkt nicht überzeugend. Die Malerei wird verwaschen, die Farben werden brandig. Die Komposition verliert ihr sicheres Gleichgewicht, und verabschieden finden wir in dem Chaos der zerstückelten Formen nach neuen Rhythmen. Das ist der Eindruck, den die jüngsten Gemälde Kerischbauers hinterlassen, und es drängt sich die Frage auf: länder die Gärung, in der sich der Künstler anreißt befindet, den Anbruch einer neuen naturgemäßen Entwicklungswelt an oder deutet sie darauf hin, daß eine hohe Begabung und ein ernstes Streben äußeren Einflüssen unterlegen und aus der Bahn geworfen ist? Wir wollen das erste hoffen, denn andernfalls hätte die deutsche Kunst zwar einen „Expressionisten“ mehr, aber einen ehrlich Schaffenden weniger. J. S.

Ein dritter Abend von Karl Kraus findet morgen, Donnerstag, im Reichstheater statt. Kraus wird aus Gerhart Hauptmanns „Heber“ lesen. Heber Geschlechtsvererbung und Geschlechtsbestimmung (Wicht. Dr. Dr. Heinrich Vogt und Dr. Günther Jast im Rahmen der Zeitschrift „Das Volk“ am 22. Januar, 8 Uhr abends, im Romanen-Gymnasium, Boerner Str. 11 (am Wiltbergplatz).

Hölle Weg Erde.

Drama von Georg Kaiser im Lessingtheater.

Die eigenartige Phantasterei reiche Inzenerungsart, die er in der Darstellung von Strindbergs (pukhaftem) Damaskusdrama befolgt, hatte Darnowsky auch für dieses neueste Produkt von Kaisers Hand eingefügt. Aber während die Szenen des großen Schweden bei solcher Wiedergabe die in ihnen verborgene, vom Leser kaum geahnte Kraft und Fortigkeit entfalten, war hier der Aufwand für ein Nichts veran. Das überausste Eingehen, die intensivste Abtönung, das Ringen nach einem expressivsten andeutenden Stil, der sich dem Ein und Her der Einfälle geschmeidig anfügt, konnte — so interessant die Wahnleistung war — in dem toten Wortgewirbel der hollischen Gedankenflucht des Stückes kein warmes Lebensfünkchen entzünden. Das Getue einer anspruchsvollen, bei gänzlichem Ideenmangel sich Heffnung gebührenden Manieriertheit erzeugte schließlich einen Kerbenreiz, der sich in einem lärmenden Theaterstandall Luft machte. Einem Standall, dem jeder seine feindselige Voreingenommenheit zugrunde lag. Es war daher bezeichnend, daß man die Schauspielerei, die in der undankbaren Aufgabe so Ausgezeichnetes geleistet, demonstrativ am Schluß wieder und wieder vor den Vorhang rief.

Der Autor treibt die Willkür- und Gemütskramellen, mit denen er auch sonst zu witzhaften getraut war, hier, wo ihm anscheinend so etwas wie ein tragisches Erlösungs- und Veröhnungsdrama in der Art des Strindbergschen Damaskus vorschwebte, auf die Spitze. Von einer festlichen Notwendigkeit, die künstlerischen Ausdruck sucht, läßt sich kein Hauch verspüren. Die Feierlichkeit, auf welche die dunke Orakelsprache des kurz gehaltenen Dialogs und die eingestreuten Chormonologien abzielen, erscheint als bloßes äußeres Theaterrequisit, das die Leere der Erfindung, das Unvermögen plastischer Charakteristik und in den tiefen schärferen Entwicklung bedecken soll. Doch menschliche Selbstsuche, welche die Mittel, mit denen Not und Leiden gefindert, manches Leben gerettet werden könnte, verpraßt, schwere Vererbung, ja Mitleid auf sich lädt — dieser Gedanke lastender Gewissensqual, um den das Dichten und das Denken Tollstois kreiste, wird hier, von seiner Wurzel abgerissen, zum Spielball nichtig tüftelnder Kombinationen. Die Voraussetzungen, die Kaiser macht, sind von einer Abgeschmacktheit, die jede Möglichkeit der Anteilnahme von vornherein ausschließt. Der Held, ein Künstler, der sich weiß Gott warum Epigonen nennt, wetteifert mit den übrigen Figuren an abruptem Herfina. Er erklärt einer fremden Dame, die einen kostbaren Verlebensmord kauft, sie solle ihm die Summe für seine Bilder geben, da er das Geld zur Rettung eines Freundes, den sonst die Not zum Selbstmord treiben würde, brauche, und findet es unfaßlich, daß sie seine Bitte abschlägt. Er nennt sie Mörderin, verlangt von einem „Hoffbau- leutnant“ die Einsperkung, rächt eine Klage wider sie beim Regi-

strafamt ein und verläßt, da alles das Nichts hilft, am Ende ein Altemot. Indes nicht auf die Dame, sondern — ausgetrieben auf den Jüwelier, von dem sie ihre Perlen kaufte. Aus dem Gefängnis entlassen, fährt er sich als Wuhpropheten auf. Ein Strafhennädchen, das sich aus Reue töten wollte, und einen entspringenen Häftling mahnt er lässiglich, zur Strafanstalt zurückzukehren. Mit dem schönen, nun bei allen möglichen Gelegenheiten wiederkehrenden Refrain: „Man gibt euch dort zu essen — zu trinken — und fordert keine Leistungen von euch, die ihr nicht verrichten könnt.“

Wenn in den ersten Aufzügen, vor allem in der Gefängnis- und in der Rechtsanwaltszene, die überaus eindrucksvolle, ins Maskenbaste stilisierte Darstellung die Zuschauer in Spannung hielt, so gab von diesem Punkte ab zunehmende Ermattung ein; das lähmende Gefühl der schmerzlichen Sinnlosigkeit verdrängte alles andere. Ein unaussprechlich verabschiedenes Gebilde von Schallig- und Unschuldigsein, das jenen tollstoischen Gedanken lächerlich verzerrt, soll in Ermangelung anderer Fäden das Auseinanderfallende zusammenhalten. Zunächst erndet der von Spazierer, aufsuchte Jüwelier seine Mitschuld, sodann der auf das Honorar erpichte Rechtsanwalt, und ebenso die Dame. Auch im Gefängnis ist als Nachwirkung von Spazierers Einfluß ein Umschwung eingetreten. Sonst hatten die Wesungen sich ungeschuldig genannt, jetzt beteuern sie im Chorus abwechselnd Schuld und Unschuld durcheinander. Dies Spiel wird dann im Schlußbild von einem Zug, in dem unter des Helden Führung all die anderen Herrschaften nebst einer ungezählten Menge Volk erscheinen, des weiteren fortgesponnen, worauf jener dann in äbunden Tiraden zuletzt erklärt: „Weit reicht eure Schöpfung! ... Wo werden Grenzen? ... Wo die Erde sich rundet... Wie ich in allem verberge — seid ihr schon Teil von mir — und mitgeteilt! ... Euer Blut braust — denn ihr seid die Erde.“ Der Weg führt zu dem Titel Hölle, Weg, Erde. Ein Sad voll wird durcheinandergerütteltes Wort, bei denen jeder nach Volleben sich alles oder gar nichts denken kann.

Von den Darstellern sind in erster Reihe zu nennen Theodor Loos, der dem verrückten Schwärmer aus eigenem einen Schimmer Hill verkörpert, Geistigkeit verlieh, Eugen Klippers nimisch glänzend herausgearbeiteter Jüwelier, der ascharden trodne tonlose Rechtsanwalt Kurt Gdh und Klein-Rogges Hoffhausleutnant, eine treffend symbolische Verkörperung des seelenlosen bürokratischen Mechanismus. Die Entwürfe zu den sehr originellen expressivsten gehaltenen Dekorationen hatte César Klein geliefert. Konrad Schmidt.

Kraus als Volkshölle. Die Verhandlungen wegen der Umwandlung des Krollschen Theaters in ein Volkstheaterunternehmen stehen dicht vor dem Abschluß. Die Verhandlungen werden zwischen dem Berliner Staatstheaterhaus geführt unter Organisation der freien Volkshölle. Diese stellt dazu ihre Publikationsorganisation, während das Staatstheater seine nichtbeschäftigten Schauspieler für die Aufführung bei Kroll stellen wird.

helle hinausstellen mocht, da wollte ich doch wenigstens von meinen Wahrnehmungen Mitteilung machen.
Der genannte Feuille erzählt dann noch eine Anzahl von weiteren Fällen, die sich unter Hüller zugezogen haben. Von Interesse ist die Mitteilung, daß das Antragsverfahren streng verboten war. Der Feuille beglückwünscht Hüller als einen „ganz gemeinen Menschenhänder“, was er nach unserer Uebersetzung auch in vollem Maße gewesen ist.

Für internationale Einigung.

(Nachricht von unserem Schweizer Korrespondenten.)
Der Zentralausschuß der französischen Sozialisten hat an die Parteilicheitung der Schweizer Sozialdemokratie von neuem das Ersuchen gestellt, die Einberufung eines Kongresses der Sozialisten aller Länder und aller Richtungen zu übernehmen.
Der Schweizerische Parteilandschuß wird in einer Februartagung zu der Angelegenheit Stellung nehmen, doch ist nur eine schwache Aussicht für die Übernahme der Aufgabe vorhanden.

Der erste Ministerrat.

Davos meldet aus Paris: Ein unter dem Vorsitz Millicands abgehaltener Ministerrat billigte die Richtlinien der ministeriellen Erklärung, die von Millicand in der Kammer, von L'opiteau im Senat verlesen werden wird. Hinsichtlich der äußeren Politik wird der Wille des Kabinetts, der im Einvernehmen mit den Alliierten geführten Politik treu zu bleiben, zum Ausdruck gelangen. Der Vertrag von Versailles müsse voll und ganz durchgeführt werden. Der Völkerbund könne in dieser Hinsicht ein wertvolles Hilfsmittel sein.

Ueber die innere Politik wird berichtet, daß Frankreich die neuen Steuern auf sich nehmen müsse, um die Kriegskosten bezahlen zu können. Der sozialen Frage wird nur in einer Ermüdung Raum gegönnt, die, im Geiste des Waldeck-Roussiauxen Programms gehalten, lautet: Das Kapital muß arbeiten, die Arbeit muß zu Erfolg gelangen.
Schließlich heißt es in der Erklärung, daß die Regierung sich nicht in konfessionelle Dinge mischen werde. Die Trennung von Kirche und Staat bedeuten nicht einen Kriegszustand, sondern ein freies Regime.

Die südslawischen Gegenvorschläge.

Die südslawische Friedensdelegation erhielt am 20. Januar die Antwort der Belgrader Regierung hinsichtlich des von Clemenceau, Nord George und Ritti ausgearbeiteten Planes zur Lösung der adriatischen Frage. In dieser Antwort unterbreitet die Belgrader Regierung folgende Vorschläge:

1. Südslawien verzichtet darauf, die Herrschaft über Triume zu fordern, und willigt ein, daß dieses unter die Oberhoheit des Völkerbundes gestellt wird, dem auch die diplomatische Vertretung übertragen wird.
 2. Die Südslawen willigen gleichfalls ein, daß die in Dalmatien gelegene Stadt Zara als unabhängige Stadt erklärt und unter denselben Bedingungen wie Triume unter die Oberhoheit des Völkerbundes gestellt wird.
 3. Die Südslawen willigen in die Annexion der Inseln Dussin und Pelogosa durch Italien ein.
 4. Der serbisch-kroatisch-slawonische Staat gesteht den italienischen Dalmatincn, die einige tausend Personen zählen, das Recht, für Italien zu wählen, ohne das Gebiet der Südlawen verlassen zu müssen.
 5. Der serbisch-kroatisch-slawonische Staat gibt die Zustimmung dazu, daß die von italienischen Staatsangehörigen hinsichtlich ihrer industriellen Unternehmungen in Dalmatien erworbenen Rechte durch ein internationales Abkommen verbürgt werden.
 6. Die Südslawen erklären sich mit der Demilitarisierung der adriatischen Inseln einverstanden, jedoch unter der Bedingung, daß Lissa, das ganz von Solven bewohnt wird und wirtschaftlich mit Dalmatien verflochten ist, dem serbisch-kroatisch-slawonischen Staat verbleibt.
 7. Die Belgrader Regierung will jedoch jede Änderung an der Wilsonschen Linie, sowohl in der Richtung von Senofatsch als auch von Tolosa-Albagia, zurück.
 8. Bezüglich Albanien wünscht die Belgrader Regierung, daß dessen Unabhängigkeit anerkannt wird. Wenn das aber nicht der Fall wäre, würde sie sich dem Vorschlage der alliierten Regierungen anschließen.
- Diese Jugendschlüsse, so wird in der Antwort ausgeführt, die neben der Aufgabe von 400 000 Südslawen, die durch die Wilsonsche Linie innerhalb der italienischen Grenze zu wohnen kommen, gewährt werden, stellen von Seiten der Südslawen das Neueste dar, was angeboten werden kann, um mit Italien zu einem freundschaftlichen Abkommen zu gelangen. Die Regierung hofft, daß diese Jugendschlüsse in dem persönlichen Verhalten der italienischen Regierung, ebenso wie in der Hochlichkeit der Alliierten ein Gegenstück finden werden.

Kleine politische Nachrichten.

Die ersten Gefangenen heimgekehrt. Am Mittwochfrüh, 6 Uhr, trat der erste Zug mit 1000 deutschen Kriegsgefangenen in Herbstal ein, dem bald darauf ein zweiter Zug mit weiteren 1000 Gefangenen folgte. Ein dritter Zug wird etwa vier Stunden später an der Grenze erwartet. Die ersten Gefangenen kamen aus Billa. Manche von ihnen sind 5½ Jahre in Gefangenschaft gewesen.
Auch ein Vertrag. Ein Funkpruch meldet aus Garmarhon: D'Grady und Litwinoff haben vereinbart, daß Briefe, die von alliierten Ländern aus nach Rußland gesandt werden, von den Sowjetbehörden den Adressaten zugestellt werden.

Der Zentrumspartheitag.

Kaum ein Drittel der Delegierten ist anwesend, als Präsident Krehenbach um 10 Uhr die Sitzung eröffnet und Dr. Braun das Wort zu seinem Referat:
Parteiorganisation und Presse
erteilt. Der Redner führt aus: Unsere Partei ist seit jeher eine politische Partei. Wir machen keine allgemeine Politik aus kirchlichen Rücksichten. Ueberall im Zentrum steht es fest, wo man die allgemeine und Sozialpolitik vernachlässigt und einseitig Kirchenpolitik macht. (Sehr richtig!) Man soll das eine tun und das andere nicht lassen. Die vom Reich abgetrennten Gebiete weisen zum großen Teil katholische Bevölkerung auf. Die besonders auf dem rechten Flügel der Partei bestehenden Abstützungsbestrebungen beweisen, wie wenig man sich auf dieser Seite durch ideale Momente nach der wirtschafts-, sozial- und allgemeinpolitischen Seite beschränken lassen will. Eine
Konfessionalisierung unserer Partei
würde die Abstützungsbewegung nur noch verstärken und unsere Partei zur völligen Bedeutungslosigkeit herabsinken lassen.

Wollen wir aus dem innerpolitischen Chaos herauskommen, dann gebrauchen wir eine auf breiter Grundlage stehende Mittelpartei, der sich die gläubigen Wählermassen ohne Unterschied der Religion anschließen. Diese Partei muß den Kern der Regierung bilden können. Die Zentrumsparthei ist sehr wohl in der Lage, diesen Wunsch zu erfüllen. Wer wollte heute die Schuld auf sich nehmen, durch konfessionellen Streit die Volkseele noch mehr zu vergiften. (Sehr richtig!) Die ganze politische Lage zwingt uns auf den Weg zur einheitlichen

Reichsorganisation des Zentrums.

Daneben können Landesorganisationen bestehen. Wir dürfen die Frauenwelt nicht besonders organisieren. Männer und Frauen müssen gemeinsam organisiert werden. Auch die Landes-, Gewerks- und Jugendorganisationen müssen sich dem Rahmen der Gesamtpartei einfügen. Die Entscheidung über die Kandidaten muß unbedingt der politischen Organisation vorbehalten bleiben. (Sehr richtig!) — Der

Kauf der Organisation

muß demokratisch sein. Irigendwelche Unterschiede nach Geburt, Stand und Besitz darf es nicht geben, weder bei der Aufnahme der Mitglieder noch bei der Verteilung der Ämter. Die Aufgabe der Bezirksorganisationen hat sich für das System der eingeschriebenen Mitglieder ausgesprochen. Zur Behebung der Kosten für den Verwaltungsbau, die Wahl- und Parteitagskosten usw. muß ein Mindestbeitrag von 2 M. pro Mitglied erhoben werden.

Redner weist dann die Notwendigkeit der staatsbürgerlichen Erziehung, der Stärkung des staatsbürgerlichen Willens und Charakters nach. Parteiliteratur für Führer und Massen muß zu diesem Zweck geschaffen werden. Die Parteifunktionäre müssen ausgebildet und

ein Reichsparteisekretariat

errichtet werden. Parteivorstand, Fraktion, Presse und Sekretariate müssen in enger Fühlung mit einander und den Massen stehen. Die Parteipresse hat die Pflicht, die Partei und die Fraktion zu führen. Beim Reichsparteisekretariat wäre eine Presseabteilung einzurichten, die alle Angelegenheiten der Presse zu erledigen hätte. Unter Leitung der Presse und Partei ist ein Korrespondentenbureau einzurichten.
Dem kommenden Parteitag muß der Entwurf eines Parteiprogramms vorgelegt werden.
Mit einer an die bayerische Adresse gerichteten Mahnung, keine Zerstückelungspolitik zu treiben, die nur den radikalen Flügel stärken würde, und mit einem Appell zur Einigkeit schließt Dr. Braun sein 1½stündiges Referat unter lebhaftem Beifall.

In der Diskussion weist Dr. Studa-Düsseldorf darauf hin, daß die Debatte

Deutschnationalen gegen Erzberger

nicht dessen Person, sondern seiner Partei gelte. Das geht besonders aus der in Montagen-„Vorwärts“ veröffentlichten Notiz „Selberich redet Flugblatt Nr. 40“ hervor.

Der Berliner Stadtverordnete u. Redner forderte als evangelisches Mitglied der Zentrumsparthei eine stärkere Berücksichtigung der Evangelischen bei der Kandidatenaufstellung. Kandidatensabgeordnete Pronowski wünschte die beschleunigte Beendigung einer Programmkommission, da das Zentrum nicht noch einmal fünfzig Jahre ohne Programm sein dürfe. Notwendig sei eine größere Agitation auf dem Lande.
Auch im weiteren Verlauf der Debatte wird die Notwendigkeit, alsbald ein Programm zu beschließen, lebhaft betont. Im übrigen vertritt sich der Redner über die Vorschläge Dr. Brauns zur Organisierung der Partei und Presse und sieht im allgemeinen mit ihnen einverstanden.

Wirtschaft.

Keine selbständige Handelspolitik.

Durch die Bestimmungen des Friedensvertrages ist dafür gesorgt, daß wir auf geraume Zeit hinaus keine selbständige Handelspolitik treiben und auch nicht wirkliche Herren unserer Zollgrenze sein können. Nicht nur ist nach Artikel 205 sämtlichen Entente-Staaten die volle, unterschiedslose Warenfreizügigkeit zugesichert, es dürfen nach Artikel 206 weiter, zunächst für 6 Monate, nach Inkrafttreten des Vertrags unsere Abgaben auf die Einfuhr der Entente-Staaten nicht höher sein als die günstigsten Vertragszölle am 31. Juli 1914, was darüber hinaus für einen Zeitraum von 30 Monaten auch für die auf die Artikel des Unterabschnitts A des deutschen Zolltarifs erbobenen Zölle gilt. Weit verhängnisvoller werden sich aber die Bestimmungen des Artikels 205 erweisen, wonach wir den Waren aus Eisatz-Lothringen und dem Saargebiet für 3 Jahre, den an Polen abgetretenen Gebieten die Zollfreiheit für 3 Jahre nach Friedensschluß zuerheben müssen. Die Einschränkung, daß Art und Menge dieser Erzeugnisse jedes Jahr der deutschen Regierung mitgeteilt werden müssen und daß sie den Jahresdurchschnitt der 1911—1913 eingeführten Mengen nicht überschreiten dürfen, ist eine Bestimmung, die mangels einer besonderen Außenhandelspolitik der in Betracht kommenden Gebiete überhaupt nicht durchführbar ist und der Willkür der Entente den weitesten Spielraum läßt. Auf Grund dieser vertraglich festgelegten Zollfreiheit kann Deutschland nach wie vor von nicht benötigten Erzeugnissen der Entente überschwemmt werden.

Anmeldung lieferbarer Exportwaren. Firmen, die über lieferfähige Exportwaren aller Art verfügen, werden gebeten, dies dem Bureau des Handelsvertragsvereins, Berlin W 9, Köhlerstr. 28/29, mitzuteilen, möglichst mit genauen Angaben der Lieferungsbedingungen und Verfügung von Katalogen und Preislisten. Es laufen gegenwärtig in dessen Bureau von seinen Vertrauensmännern und anderen Stellen im Ausland zahlreiche Kaufangebote ein, die nur zu einem sehr geringen Teil befriedigt werden können. Bei dem großen Mitgliederbestande des Handelsvertragsvereins ist es nicht möglich, alle Firmen ausfindig zu machen und zu benachrichtigen, die für ein bestimmtes Kaufgeschäft in Betracht kommen. Es liegt daher im eigenen Interesse unserer exportierenden Firmen, daß sie auch ohne besondere Anfrage der genannten Stelle regelmäßig Mitteilung machen, sobald sie exportfähige Ware zu Verfügung haben.

Groß-Berlin

Im Zeitalter der „hohen Löhne“.

Alle Welt schreit, daß immer mehr Lohn gefordert wird. Gibt es noch Arbeiter und Arbeiterinnen, an denen diese Bewegung spurlos vorübergehen konnte? Selbst dem Vorkriegsstand haben Leuerung und Not längst die frühere Unzufriedenheit ausgetrieben. Aber bei den Heimarbeiterinnen scheinen die Nachwirkungen der altbergrachten Gewöhnung an Hungerlöhne doch noch nicht ganz geschwunden zu sein. Man glaubt es kaum, für wie geringe Löhne sogar heute noch Heimarbeiterinnen zu haben sind.
In Charlottenburg wurde vor 14 Tagen von einem Luxuspapierfabrikanten Baumann (Neue Kantstr. 14) durch Zeitungsanzeige leichte Heimarbeit angeboten. Eine Frau, die sich bei der Firma meldete und Arbeit erhielt, schildert uns ihre Erfahrungen. Sie mußte gedruckte Kondolenzbriefchen so zurecht machen, daß sie versandfertig an die Käufer abgegeben werden konnten. Ein Blatt Papier, mit einem frommen Spruch bedruckt, war zu falzen und zusammenzulegen. Danach wurde ein schwarzer

Pappdeckel mit der Aufschrift „Aufrichtige Teilnahme“, in den eine Linie geritzt war, von ihr gebrochen und zusammengelegt. Sodann mußte das Blatt in den Pappdeckel hineingeschoben und jedes mit einem Faden gebunden werden, der in vorschrittsmäßiger Länge geschnitten mitgegeben worden war. Das gebundene Gesicht wurde in einen schwarz umranderten Briefumschlag gesteckt. Je 25 der so fertig gemachten Briefe mußten abgezählt und mit Streifen zu Päckchen gebunden werden. Damit war die Arbeit beendet, und es blieb dann nur noch der Weg zum Geschäft und die Ablieferung.

Was aber zahlte Herr Baumann für diese Heimarbeit, die er als „leicht“ bezeichnete? Für 1000 Stück 8 Mark — in Buchstaben: für tausend Stück drei Mark! Wer diese Tätigkeit beurteilen kann, wird wissen, wieviel Zeit man zur Fertigstellung von 1000 Stück solcher Briefchen braucht. „Leicht“ ist die Arbeit nur insofern, als sie keine „Knochenarbeit“ ist und ohne besondere Vorkenntnis sofort ausgeführt werden kann. Aber erst nach langer Übung dürfte eine gewandte Heimarbeiterin es dahin bringen, pro Brief nicht mehr als eine halbe Minute zu brauchen. 1000 halbe Minuten oder 500 ganze Minuten sind 8¼ Stunden, womit der achtstündige Arbeitstag schon überschritten wäre. Und dafür 3 Mark Lohn! Das ergäbe einen Stundenlohn von ganzen 36 Pfg.! Die oben erwähnte Frau, die in ähnlichen Arbeiten bereits Übung hat, versichert uns, sie habe bei angestrengtester Tätigkeit immer noch so viel Zeit gebraucht, daß ein Stundenlohn von sogar nur 30 Pfg. herauskam.

Wer dauernd Herrn Baumanns „leichte“ Heimarbeit ausübt, hat bei jährlich etwa 305 Marktagen auf ein Einkommen von 915 Mark pro Jahr oder 76¼ Mark pro Monat zu rechnen. Soll man es für möglich halten, daß der Mann dafür überhaupt Arbeiterinnen gekriegt hat? Jawohl, er hat sie gekriegt — und vielleicht haben sich sogar mehr Arbeiterinnen bei ihm gemeldet, als er beschäftigen konnte. Solche Löhne wagt heute noch ein Arbeitgeber zu bieten — und Arbeiterinnen müssen sie ohne Widerspruch hinnehmen, weil die Rotte sie dazu zwingt. Manche an die Löhne früherer Jahre zurückdenkende Heimarbeiterin mag sogar glauben, daß ihre Arbeit jetzt wunder wie hoch bezahlt wird.

Die Einteilung Groß-Berlins.

Im Ministerium des Innern fand eine gemeinsame Besprechung der Vertreter der Staatsregierung, des Unterausschusses der Landesverwaltungs- und der Vertreter von etwa 40 unmittelbar beteiligten Gemeinden Groß-Berlins über die zweckmäßigste Abgrenzung der innerhalb des künftigen Groß-Berlin vorgezeichneten Verwaltungsbezirke statt. — Nachdem der 17. Ausschuß der Landesverwaltungs- und der Vertreter zwischen Landesverwaltungsbezirken und Wahlbezirken fallen gelassen hat, sollen die Verwaltungsbezirke mehr noch decken und Verkehrsbeziehungen gefastet und zum Teil verfeinert werden.

In den Grundzügen ist es im wesentlichen bei dem Entwurf der Regierung geblieben; doch sollen infolge Aufteilung der räumlich allzugroßen nördlichen Bezirke 20 statt 15 Bezirke gebildet werden. Der Verwaltungsbezirk 7 wird geteilt und Panitzsch mit den Nordgemeinden von Weihensee getrennt; ebenso wird Treptow von Köpenick getrennt. Im Südwesten wird bei den Wannseeabseignungen eine zweckmäßigere Zusammenlegung vorgeschlagen, so daß Fehlbors, Wannsee und Nikolassee mit den benachbarten Gutzgemeinden einen Verwaltungsbezirk allein bilden, während Schmatzendorf, Brunowald und Brunowald-Forst mit Wilmersdorf vereinigt werden sollen. Friedenau wird wahrscheinlich mit Schöneberg zusammengeschlossen werden. Noch nicht schlüssig ist sich der Unterausschuß über das Schicksal des Schöneberger Dählens und der Gemeinde Bantah geworden. Gritz, Buckow und Rudow sollen zu Neudamm geschlagen werden, so daß der Verwaltungsbezirk im Süden Groß-Berlins aus den beschrieblich zusammenhängenden Gemeinden Tempelhof, Mariendorf, Mariensfeld und Lichtentzode sich zusammenschließen wird.

Die sozialdemokratische Fraktion hat der Berliner Stadterordnetenversammlung folgenden Antrag unterbreitet: Die Stadterordnetenversammlung wolle mit dem Magistrat in gemeinsamer Deputation unverzüglich über die die Eingemeindung vorbereitenden Maßnahmen beraten. Da die Angelegenheit sehr eilig ist, soll der Antrag als Dringlichkeitsantrag behandelt werden.

Kampf mit Einbrechern.

Zu einem nächtlichen Kampf mit zwei Einbrechern kam es im Café Tivoli in Tempelhof. In dem gegenüber dem Lagerhaus gelegenen Café hatten vor einigen Wochen bereits Einbrecher dem Weinkeller einen Besuch abstattet und dort ansehnliche Beute gemacht. Als die Einbrecher, drei junge Vurschen im Alter von 19 bis 20 Jahren, wiederkehrten, wurde der Wirt aufmerksam, eilte zum Lagerhaus Tempelhof und holte einen Wachbeamten, ihm Hilfe zu leisten. Als die beiden Männer in den Weinkeller des Cafés eintraten, waren die drei Einbrecher, welche einen großen Teil des Weinlagers bereits verputzt hatten, bei einem kleinen Gelage. Der Wirt und der Wachbeamte riefen den Einbrechern „Hände hoch“ zu. Die Einbrecher lehnten sich nicht an die Aufforderung und trangen auf den Wirt und den Wachmann ein. In der Notwehr machten diese von ihren Schusswaffen Gebrauch und fielen zwei der Vurschen nieder, während der dritte entkam. Die beiden schwerverletzten Einbrecher, die 19jährigen „Gelegenheitsarbeiter“ Bunt und Rask wurden in einem Sanitätsauto nach der Charité gebracht, während der dritte, der 18jährige bereits vorbestrafte Einbrecher Speer entkam.

Rebeller-Vertriebsorte und Vertrauensleute (Amstlicher Gemeinderat). Die Mitglieder der G. V. D. sind, Donnerstag, den 22. 5 Uhr, im Sitzungssaal des Herrenhauses, Leipziger Str. 2: wichtige Besprechung. Erscheinen unbedingt notwendig.

Groß-Berliner Lebensmittel.

Panitzsch. Für werdende Mütter 2 Maßchen Kondensmilch und 2 Pfd. Grieß.
Reinickendorf. Auf die Karte für die schwerbeschäftigten Kriegsteilnehmer entfallen für die Zeit vom 27. Januar bis 2. Februar 1 Pfd. Leinwollen, vom 3.—6. Februar 1 Pfd. Gerstentrocken, vom 10.—16. Februar 1 Pfd. Graupen, vom 17.—23. Februar 1 Pfd. Hülsenfrüchte.

Groß-Berliner Parteinachrichten.

Pankow. Donnerstag, den 22. 7½ Uhr: Mitgliederversammlung in der Aula der zweiten Gemeindegemeinde, Gurovstr. 10. Referent: Genosse Fiedert. Thema: „Einbrecher und Schusswaffen“. Zahlreiches Erscheinen dringend notwendig.

Jugendveranstaltungen.

Arbeiterjugend Neudamm. Donnerstag, Jugendheim, Röhrenstr. 52, Vortrag: Die Grundlagen der Elektrotechnik. Freitag, Jugendheim, Rogauer Str. 58: Mädchenabend.

